

Mythen, Macht und Monopole

Wer die Energiewende bekämpft, mit welchen Mitteln und warum sie dennoch gelingen wird. Fragen an die Energieökonomin Claudia Kemfert

Von Barbara Tambour

Publik-Forum: *Die Energiewende steht unter Beschuss. Wird die Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energien dennoch bis 2050 gelingen?*

Claudia Kemfert: Ich glaube, ja. Aber im Moment wird die Energiewende regelrecht gemobbt, indem gezielt Negativschlagzeilen produziert werden. Man soll den Eindruck gewinnen, die Energiewende sei nicht machbar, nicht finanzierbar, unwirtschaftlich und sie treibe Deutschland in den Ruin.

Ist das denn so?

Kemfert: Natürlich nicht. Ganz im Gegenteil: Wenn man sich von diesen Kräften beirren lässt und etwa das Einspeisegesetz für erneuerbare Energien (EEG) abschaffen würde, dann hätte man Probleme.

Ihr jüngstes Buch heißt: Kampf um Strom. Mythen, Macht und Monopole. Wer kämpft um den Strom in Deutschland?

Kemfert: Es sind erstens große Konzerne, die befürchten, dass ihnen die Energiewende Nachteile bringt; es sind zweitens energieintensive Betriebe, die die Energiewende nicht wollen, und es sind drittens Konservative, die, wenn sie nur das Wort grün hören, denken, das habe mit Hippies und Ökosandalen zu tun und könne ökonomisch nicht vernünftig sein. Sie alle eint der Wunsch, die Energiewende zu stoppen.

Kaum einer äußert das laut. Viele aber sagen, die Energiewende gehe zu schnell. Ist das so?

Kemfert: Nein, das ist genau einer der Mythen. Wer sagt: »Wir brauchen ein Tempolimit für die Energiewende«, und behauptet, die Umstellung auf erneuerbare Energien gehe zu schnell, will vor allem eins: Kohlekraftwerke bauen. Gibt es die erst einmal, kann man dann trefflich sagen, die erneuerbaren Energien produzierten Überschüsse. Statt neue Kohlekraftwerke zu bauen, müssen die Netze und die Speicher ausgebaut und die Energieeffizienz verbessert werden.

Gaskraftwerke sind weniger klimaschädlich als Kohlekraftwerke und eignen sich gut als Ergänzung zu den erneuerbaren Energien. Doch derzeit rechnen sie sich nicht, und deshalb werden keine gebaut. Was muss geschehen?

Kemfert: Ein höherer Preis für Kohlendioxid wäre günstig, um die Gaskraftwerke in den Markt zu bringen. Doch leider ist die Reform des CO₂-Emissionshandels im April gescheitert – auch weil der deutsche Wirtschaftsminister nicht verstanden hat, worum es geht. Klar ist: Die Energiewende ist nur mit flexiblen Gaskraftwerken zu schaffen. Baut man hingegen zu viele Kohlekraftwerke, bekommt man ein unflexibles System mit zu vielen Treibhausgasen.

Die CDU/CSU-Fraktion hat den Entwurf für ein Fracking-Gesetz zurückgezogen. Ein bundesweites Gesetz, das die Schiefergasförderung regelt, wird es also vorerst nicht geben. Hat der Protest vieler Umweltinitiativen den Unionspolitikern die Augen für die Risiken dieser Technologie zur Gasförderung geöffnet?

Kemfert: Man sollte in der Tat erst einmal diese Technik ausreichend erforschen und durch Pilotvorhaben klären, ob eine risikoarme Förderung überhaupt möglich ist. Die Potenziale in Deutschland sind ohnehin gering. Da es ausreichend Gas auf dem internationalen Markt gibt, ist die Gasgewinnung in Deutschland nicht zwingend notwendig. Auch würden die Gaspreise dadurch nicht beeinflusst.

Die Energiepolitik im Zuge der Energiewende wird nach altem Muster betrieben: Übers ganze Land verteilt, zentral geregelt, große Trassen, große Betreiber. Wäre eine regionale Energieversorgung nach dem Muster heutiger Energiedörfer – erweitert auf Regionen – denkbar?

Kemfert: Ja. Statt in Großkraftwerken wird künftig viel Strom und Wärme dezentral hergestellt werden. Die vielen kleinen Kraftwerke, Windräder, Fotovoltaikanlagen, Biogasanlagen werden gut miteinander gekoppelt und intelligent gesteuert. Mehr Strom als bisher wird kurz- und mittelfristig gespeichert. Das ist die Energiewende. Und deshalb tun sich die Großkraftwerksbetreiber so schwer damit. Sie schaffen es nicht, ihre Geschäftsmodelle, die auf Großkraftwerken

basieren, umzustellen.

Nicht nur Energie und Stahlkonzerne, auch Wutbürger machen mobil gegen die Energiewende – zum Beispiel, wenn vor ihrer Haustür eine neue Stromtrasse oder das Oberbecken eines Pumpspeicherwerks gebaut werden soll. Kann die Energiewende an ihnen scheitern?

Kemfert: Ich erlebe viele Wutbürger in Deutschland, Menschen, die die Energiewende wollen, aber zu Recht darauf hinweisen, dass man den Landschaftsschutz berücksichtigen muss und dass es oftmals andere Lösungen gibt als Hochspannungsleitungen. Ich erlebe viele Menschen, die sich für die Energiewende engagieren.

Solche, die sich eine Fotovoltaikanlage aufs Hausdach bauen?

Kemfert: Zum Beispiel. Oder Mitglied in einer Energiegenossenschaft werden. Das Fundament der Energiewende besteht im Moment aus Privatpersonen. Mehr als fünfzig Prozent des Geldes kommt von ihnen. Die Wutbürger werden die Energiewende nicht abwürgen. Die Wutbürger aber sind diejenigen, die die Energiewende überhaupt verwirklichen.

Umweltminister Peter Altmaier (CDU) wollte vor einigen Monaten eine Strompreisbremse einführen. Ein sinnvoller Vorschlag?

Kemfert: Das war bloßer politischer Aktionismus. Völlig sinnlos. 1,8 Milliarden Euro Einsparung klingt toll. Aber für einen Vierpersonenhaushalt würde das dann 0,3 Cent je Kilowattstunde bedeuten – eine Ersparnis von nicht mal einem Euro im Monat käme heraus. Das ist keine wirkliche Entlastung, schafft aber sehr viele Unsicherheiten. Wenn man über eine Strompreisbremse redet, muss man alle Komponenten betrachten: Der Strompreis an der Strombörse sinkt, ebenso der Preis für Kohlendioxid-Emissionen für Kohle. Doch das wird nicht an die Verbraucher weitergegeben.

Warum nicht?

Kemfert: Weil niemand die Transparenz einfordert. Und weil die Ökoenergien als Sündenbock genutzt werden. Da wird einfach behauptet, die erneuerbaren Energien seien schuld am steigenden Strompreis. Aber niemand erklärt, warum er steigt. Eben nicht nur aufgrund des Zubaus erneuerbarer Energien, sondern weil der Strompreis an der Börse sinkt.

Das klingt paradox.

Kemfert: Die EEG-Umlage – mit der die Förderung der erneuerbaren Energien auf die Stromkunden umgelegt wird – errechnet sich aus der Differenz des geförderten Ökostroms zum Börsenpreis. Je niedriger der Börsenpreis, umso höher ist somit die Umlage. Die EEG-Umlage steigt also nicht aufgrund der Zunahme der erneuerbaren Energien, sondern weil der Börsenpreis immer weiter sinkt und der CO₂-Preis und der Kohlepreis so niedrig sind. Wenn man eine effektive Strompreisbremse einführen will, dann müssten die Energiekonzerne erst einmal ihre Senkungen weitergeben, und es müssten auch die Steuern auf Strom gesenkt werden. Das tut die Politik natürlich nicht.

Dass unser Strom zu teuer sei, bezeichnen Sie als Mär. Am Strom werde niemand arm. Das sehen Geringverdiener aber anders.

Kemfert: Ein Haushalt zahlt zweieinhalb bis fünf Prozent seines Einkommens für Strom. Für Mobilität und fürs Heizen zahlt ein einkommensschwacher Haushalt mehr als dreißig Prozent seines Einkommens. Das ist eine ganz andere Größenordnung – doch darüber spricht niemand. Das macht deutlich, dass es bei der Strompreisdebatte überhaupt nicht um die Armen geht.

Höhere Strompreise, so befürchten Kritiker, führten zu einer Deindustrialisierung Deutschlands, weil energieintensive Betriebe ins Ausland abwandern könnten.

Kemfert: Die Energiewende schadet der Industrie nicht. Wir haben im Moment eine Re-Industrialisierung, keine De-Industrialisierung. Ein durchschnittliches Unternehmen zahlt drei bis fünf Prozent seiner Kosten für Energie. Das ist nicht der treibende Faktor für Abwanderung. Was Unternehmen zum Abwandern bewegt, ist der Wunsch, im Markt vor Ort präsent sein zu wollen, und höhere Lohnkosten. Energiekosten spielen keine Rolle. Das Argument ist schlicht falsch und ein weiterer Mythos. Dadurch, dass der Börsenpreis für Strom so niedrig ist, kommen gegenwärtig sogar Aluminiumunternehmen aus Norwegen zu uns.

Im September wird gewählt. Welche Koalition würde Ihre Vorstellung einer klugen Energiewende vermutlich am ehesten umsetzen?

Kemfert: Die SPD setzt auf Kohle, das passt nicht wirklich zu einer nachhaltigen Energiewende. Allerdings unterstützen sie den Ausbau der erneuerbaren Energien, weil das Arbeitsplätze schafft. Die Grünen haben die Energiewende im Blick. Denen würde ich am ehesten zutrauen, dass sie die richtigen Schritte einleiten. Bei der CDU sind im Moment die

Konservativen sehr stark, die behaupten, dass die Energiewende ein Irrweg ist. Doch es gibt auch in der CDU Kräfte, die für eine Energiewende sind und dann in der Schnittstelle eher zu den Grünen passen. Bei den Linken geht es eher Richtung der reinen Verstaatlichung der Energieversorgung, und das ist nicht wirklich praktikabel.

Die Anstrengungen zur Energiewende konzentrieren sich derzeit auf den Strom. Worauf kommt es außerdem an?

Kemfert: Die Energiewende ist derzeit eine Strom-Angebotswende. Auf der Nachfrageseite ist weder der effiziente und sparsame Umgang mit Energie im Blick, noch werden die wichtigen Bereiche der Gebäudeenergie und der Mobilität einbezogen. Im Gebäudebereich gibt es hohe Energieeinsparpotentiale. Die Mobilität muss auf Nachhaltigkeit umgestellt werden. Neben Emissions- und Feinstaubvermeidung geht es um Staub- und Lärminderung. All dies gehört zu einer nachhaltigen Energiewende.

Zur globalen Perspektive: Kann man die Welt langfristig mit erneuerbaren Energien versorgen? Auch China und Indien?

Kemfert: Ja. Eine Solarfläche mit der Größe von Hessen, aufgestellt in Afrika, würde reichen, um die gesamte globale Energieversorgung sicherzustellen. Zwar wächst der Energiebedarf, aber das Potenzial an Sonnenenergie ist gigantisch. Da die Solarenergie immer preiswerter wird, wird das eine Technik der Zukunft sein. Das Schöne ist ja, dass sie in vielen Regionen der Welt genutzt werden kann. Südkorea baut derzeit massiv Sonnen- und Windenergie aus. Es wird ein langer Weg sein, aber er ist machbar. ■

Lesetipp: Claudia Kemfert: Kampf um Strom.

Mythen, Macht und Monopole. Murmann 2013. 144 Seiten. 16,90 €,

Publik-Forum-Shop Bestell-Nr. 1044

Claudia Kemfert, geboren 1968, leitet die Abteilung »Energie, Verkehr, Umwelt« am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und ist Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der privaten Universität Hertie School of Governance in Berlin. Sie ist Mitglied des Club of Rome, verheiratet und lebt in Oldenburg und in Berlin.